

Alles für das Direktmandat!



2009 machte Steffen Bockhahn das Unmögliche möglich: Er gewann für DIE LINKE das Rostocker Direktmandat für den Bundestag. Am 2. November bestimmte eine Mitgliederversammlung ihn erneut zu unserem Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2013. Der Gewählte zeigte sich mit den 85 Prozent Zustimmung sehr zufrieden: „Wie schon vor vier Jahren stellte ich mich auch dieses Mal zur Wahl und bin sehr froh und glücklich, dass mir so viele GenossInnen das Vertrauen ausgesprochen haben. Das zeigt mir, dass ich als Bundestagsabgeordneter meine Heimatstadt und ihrer BürgerInnen gut vertreten habe. Auf diesem Weg möchte ich weitermachen und im September 2013 erneut das Direktmandat für DIE LINKE in Rostock erringen!“

Das eindeutige Votum der Rostocker Linken für ihren Bundestagsabgeordneten ist auch der Lohn für eine hervorragende Arbeit Steffen Bockhahns im Wahlkreis, wie der Kreisvorsitzende Prof. Wolfgang Methling betonte. So setzte er sich im Haushaltsausschuss des Bundestages beispielsweise dafür ein, die drei Mehrgenerationenhäuser in seinem Wahlkreis zu erhalten. Sollte er wieder in den Bundestag gewählt werden, wird sich Steffen Bockhahn nicht nur weiter für eine Angleichung der ostdeutschen Renten einsetzen, sondern u.a. auch für Förderprogramme, mit denen ostdeutschen Unternehmen geholfen werden kann.

Die Verteidigung des Direktmandates wird unsere ganze Kraft fordern. Der Wahlkreis ist größer als im Jahre 2009, die Umfragewerte für DIE LINKE sind (noch) nicht so gut wie im Wahljahr 2009.

weiter auf Seite 7

In dieser Ausgabe

Seite 2 : Editorial
Seite 3 : „Spätstarter“
Seite 4 : 5 Jahre DIE LINKE
Seite 5 : Bürgerschaft
Seite 6 : Jahrestag
Seite 7 : UmFAIRteilen
Seite 8/9: Wahlbetrug Rente

Seite 10 : Felix Scheffler
Seite 11 : Vergessene Kapitel
Seite 12 : Landesparteitag
Seite 13 : Mieter schützen!
Seite 14 : Wolfgang Gehrcke
Seite 15 : Termine
Seite 16 : 1. Parlamentariertag

Wenn sich in M-V noch so etwas wie gesellschaftlicher Protest regt, dann ist DIE LINKE eine tragende Säule. Das gilt nicht nur für den Protest gegen Neofaschisten (z.B. in Wismar), sondern auch für die Forderung nach einer gerechten Finanzierung unseres Gemeinwesens. Wir berichten wieder über entsprechende Aktionen. Wir informieren Euch zudem ausführlich über die Arbeit unserer Abgeordneten. Fritz Tack gewährte uns ein Interview, und Regine Lück widmet sich Problemen, deren gesellschaftliche Brisanz immer stärker zunimmt: der Mieterschutz und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. MdB Martina Bunge befasst sich mit dem Wahlbetrug der Bundesregierung in der Rentenfrage. MdB Wolfgang Gehrcke war zu Gast in Rostock – dazu ein Bericht von Hans-Jürgen Donner. Darüber hinaus gibt es einen Nachtrag zum Landesparteitag sowie Berichte aus der Rostocker Bürgerschaft und vom Parlamentariertag. Wir haben Wolfgang Methling gebeten, sich Gedanken über 5 Jahre DIE LINKE zu

machen. Lest hierzu den 1. Teil. Wie weit reicht die Geschichte unserer Partei eigentlich zurück, wo liegen unsere Wurzeln? Antworten sollte Hans Modrow auf einer Rotfuchs-Veranstaltung zum 95. Jahrestag der Oktoberrevolution geben. Es kam anders, wie Ihr auf Seite 6 lesen werdet.

Ihr seht, der Klartext ist wieder randvoll mit wertvollen Informationen. Da reichen keine 16 Seiten, da bräuchten wir das Doppelte. Mal sehen, was die Zukunft bringt.

Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünscht Euch Carsten Penzlin



KLARTEXT online

DIE LINKE geht in die Transparenz-Offensive

„Als erste Fraktion des Deutschen Bundestages wird DIE LINKE unabhängig von der geltenden Rechtslage Nebeneinkünfte ihrer Mitglieder auf Heller und Pfennig offenlegen“, erklärt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Dagmar Enkelmann zu einem entsprechenden Beschluss, den die Fraktion gefasst hat. „Sofern nicht im Ausnahmefall Rechte Dritter entgegenstehen, werden Nebentätigkeiten und daraus erzielte Einkünfte unter www.linksfraktion.de bzw. auf den Webseiten der Abgeordneten öffentlich gemacht.“ Enkelmann weiter:

„Transparenz ist kein Almosen, sondern ein verbrieft Anspruch der Wählerinnen und Wähler. Weder das heuchlerische Hin und Her von Union und FDP noch die von der SPD quasi als Gegenleistung zu größerer Transparenz geplante Anhebung der Bagatellgrenze werden diesem Anspruch gerecht. Es braucht endlich Taten statt Worte. DIE LINKE hat die Offenlegung seit langem gefordert und entsprechende Parlamentarische Initiativen (Drs. 17/6305) eingebracht. Sie wird in der Rechtsstel-

lungskommission darauf drängen, dass dies endlich Eingang in die Verhaltensregeln für alle Abgeordneten findet. Maßstab dafür ist die Position des Bundesverfassungsgerichts: Die Kenntnis von Interessenverflechtungen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Abgeordneten sichert die Fähigkeit des Bundestages, unabhängig von verdeckter Beeinflussung durch zahlende Interessenten das Volk als Ganzes zu vertreten.“

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-landkreis-rostock.de

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Peter Möller, Peter Hörnig,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

„Spätstarter“

Interview mit Prof. Dr. Fritz Tack, Mitglied des Landtages von Mecklenburg Vorpommern und Vorsitzender des Agrarausschusses

Genosse Professor Dr. Fritz Tack, auf der Internetseite der Landtagsfraktion DIE LINKE ist unter Deinem Namen zu lesen: „Spätstarter in die Politik.“ Warum hast Du Dir das noch angetan und dann auch noch für eine 2. Legislaturperiode?

In der Tat, ich bin ein „Spätstarter in die Politik“, zumindest was die Landespolitik anbetrifft. In der Kommunalpolitik – Kreistag Bad Doberan – war ich schon seit 2004 tätig als stellvertretender Vorsitzender des Umweltausschusses. Es war eine Entscheidung, die ich lange mit meiner Familie und meinen Genossen abgewogen habe, mich um ein Mandat für den Landtag für DIE LINKE zu bewerben. Auch und gerade in der Politik ist m.E. Fachkompetenz erforderlich, die ich für den Agrarbereich und die ländlichen Räume aus meiner Tätigkeit als Hochschullehrer und aus der Forschungspraxis mitbringe. Und die Politik macht immer dann auch noch Freude, wenn man etwas erreichen kann. Dafür ist die Verbindung zur Praxis für mich wichtig.

Kann man in den ersten 5 Jahren Landtagstätigkeit schon so aktiv werden, dass man „Spuren“ hinterlässt? Wenn Ja, welche hast Du hinterlassen?

Bei eigenem Engagement und guter Vorarbeit der Vorgänger auf dem Fachgebiet ist es nach einer Einarbeitungszeit möglich, erste „Spuren“ zu hinterlassen.

Du bist Vorsitzender des Agrarausschusses. Ist es als Vorsitzender eines Ausschusses leichter, seine Ziele durchzusetzen?

Dass ich zum Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz durch meine Fraktion vorgeschlagen wurde, sehe ich als Anerkennung an. Auch im Ausschuss geht es immer darum, für Mehrheiten zu werben und möglichst fraktionsübergreifende Beschlüsse zu erreichen. Hier sehe ich meine Hauptaufgabe.

Mecklenburg-Vorpommern war immer ein bedeutendes Agrarland. Kann man davon heute noch sprechen und wo siehst Du die Perspektiven für unser Land?

Die Land- und Ernährungswirtschaft hat in unserem Land eine besondere Bedeutung. Sie hat die Aufgabe, die Ernährung der Bevölkerung und die künftige Energiefrage zu lösen und die vorhandenen Ressourcen zu

schützen und zu erhalten. Die Perspektive des ländlichen Raumes ist eng verbunden mit der Wettbewerbsfähigkeit der bodenständigen Landwirtschaftsunternehmen, die tier- und umweltgerecht produzieren. Die Agrarwirtschaft muss den demografischen Wandel bewältigen und sich auf die Klimaveränderungen einstellen.

Nach Deinen bisherigen Erfahrungen, was würdest Du Mann oder Frau raten, die sich ebenfalls mit der Absicht tragen, aktiv in die Politik einzusteigen?

Nach meinen Erfahrungen sind eine gute Ausbildung und die praktische berufliche Tätigkeit eine wichtige Voraussetzung. Ich rate allen, sich frühzeitig in Verbandsarbeit und Mitbestimmung einzubringen.

Du hast im Juni dieses Jahres Deinen 70. Geburtstag begangen. Dazu nochmals herzliche Glückwünsche. Und

wo wir beim Wünschen sind..., wenn Du Dir etwas wünschen könntest, was wäre das?

Für die vielen guten Wünsche zu meinem Geburtstag, den ich auf dem Thünengut Tellow begangen habe, nochmals herzlichen Dank. Ich wünsche mir eine gute Gesundheit, mehr Einigkeit in unserer Partei und ein Zukunft für das Thünengut Tellow.

Bei Deinem großen Arbeitspensum, bleibt Dir noch Zeit für Familie und Hobbys?

Es ist nicht immer einfach, alles unter einen Hut zu bringen. Ich muss es noch lernen, auch mal „Nein“ zu sagen. Dann bleibt auch genügend Zeit für die Familie, meine Enkel und für das Schreiben und die Plattdeutsche Sprache.

Das Interview führte Peter Hörnig



Fünf Jahre DIE LINKE – meine persönliche Sicht

1. Teil: Gründung der Partei DIE LINKE

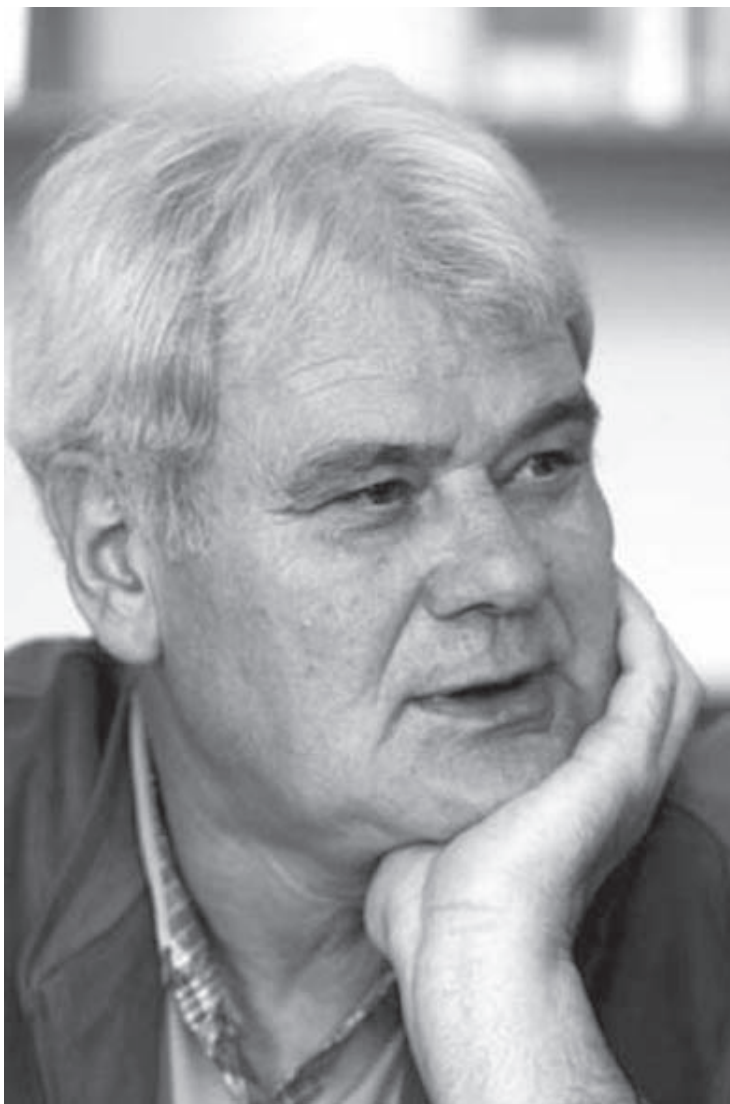
Ich erinnere mich noch gut, denn ich war damals Stellvertretender Vorsitzender der PDS. Im Juni 2007, vor gut fünf Jahren, wurde auf einem gemeinsamen Parteitag in Dortmund von Delegierten der PDS und der WASG die Partei DIE LINKE gegründet. Die Gründung dieser neuen linken Partei war eine logische Folge des vorangegangenen gemeinsamen Antritts von Kandidatinnen und Kandidaten beider Parteien unter dem Namen DIE LINKE.PDS bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005, als Gerhard Schröder die Vertrauensfrage an das Wahlvolk stellte und die passende Antwort erhielt.

Das schlechte Abschneiden beider Parteien bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 führte zu der kurzfristigen Entscheidung, zur vier Monate später stattfindenden Bundestagswahl gemeinsam anzutreten. Die Bereitschaft von Oskar Lafontaine, gemeinsam mit Gregor Gysi an der Spitze des Wahlbündnisses anzutreten, war wegbereitend für dieses historische Ereignis. Mitglieder und Vorstände beider Parteien diskutierten und wagten diesen Schritt gemeinsam mit links orientierten Gewerkschaftern u. a. Kritikern der Agenda 2010-Parteien SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Es gab auf beiden Seiten keine andere tragfähige Idee für die Bündelung der Kräfte. Damit wurde den bisher zersplitterten linken Gruppierungen und ihren potenziellen Wählerinnen und Wählern eine Chance zu mehr gemeinsamem Handeln

auf einer neuen Plattform geboten. Und die Chance wurde bei allen Schwierigkeiten engagiert genutzt. Nachdem die PDS 2002 nur noch mit den direkt in den Bundestag gewählten Petra Pau und Gesine Löttsch vertreten war, gelang 2005 der sichere Einzug in den Bundestag, was der PDS allein mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gelungen wäre.

Nach dem Einzug in den Bundestag mussten wir die nächste Hürde nehmen – aus dem Linksbündnis der vor allem in Ost-

deutschland parlamentarisch und außerparlamentarisch erfolgreichen und relativ gefestigten PDS und der noch sehr jungen, im Protest gegen die SPD der Agenda 2010 entstandenen WASG (Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit), eine einheitliche sozialistische Linkspartei gründen und gestalten. Die Gründungsvorbereitungen mit zahlreichen Diskussionen und Verhandlungen zum Politikverständnis, zu Zielen, zum Namen(!), zu organisatorischen und Satzungsfragen, zur gleichberechtigten



repräsentativen Zusammensetzung von Parteitag, Vorständen und anderen Gremien waren teilweise sehr schwierig, Zeit und Nerven raubend. Den Durchbruch brachte schließlich eine gemeinsame Vorstandssitzung beider Parteivorstände an einem historischen Ort, im Rathaus von Gotha. Die Beratung drohte schon zu platzen, aber wir kamen doch zu einem guten Ende, auf der Basis von Kompromissen, die uns zum Teil noch lange begleitet haben. Diese Kompromisse waren unverzicht-

bar, sonst hätten wir unsere historische Chance verspielt. Aber sie beseitigten nicht die Unterschiede an politischer und geschichtlicher Erfahrung, im Verständnis von Partei und Strukturen, in der Auffassung zur Rolle von Plattformen, AGs, IGs und anderen Zusammenschlüssen.

Deshalb bereiteten wir für den Vereinigungsparteitag 2007 kein Programm, sondern programmatische Eckpunkte mit dem Eingeständnis noch nicht ausdiskutierter Fragen vor und die Satzung enthielt eine Reihe von Übergangsregelungen. Diese sollten dazu dienen, dass eine wirkliche Vereinigung auf Augenhöhe unter Berücksichtigung der z. T. großen Unterschiede in der Zahl der Mitglieder, der Höhe der Mitgliedsbeiträge, der vorhandenen Strukturen usw. gelingt. An der Erreichung der größtenteils einheitlichen Positionen zu Programm- und Satzungsfragen hatten neben Oskar Lafontaine seitens der PDS Gregor Gysi, Lothar Bisky, Hans Modrow, Dietmar Bartsch, Bodo Ramelow und Katja Kipping, auf der Seite der WASG Klaus Ernst und Ulrich Maurer sowie weitere Genossinnen und Genossen entscheidenden Anteil. Trotz aller intensiven Vorbereitungen waren beide die „Fusion“ vorbereitenden getrennten Parteitage von PDS und WASG nach wie vor von leidenschaftlichen Debatten über das „Ob“ und „Wie“ der Vereinigung gekennzeichnet. Aber gegenseitiges Auftreten und Werben von Vertretern der PDS bei der WASG und umgekehrt führten am Ende zu klaren Beschlüssen der Weichen stellenden Parteitage beider Parteien und des gemeinsamen Parteitages am

Folgetag. Die neue Partei DIE LINKE mit einem etwas anmaßenden Namen war gegründet. Und viele Linke in Europa schauten hoffnungsvoll nach Deutschland.

Prof. Wolfgang Methling

Wir sind Nobelpreisträger

Vor einigen Tagen wurde es verkündet: die EU erhält den Friedensnobelpreis 2012. Grund genug, einmal über die Geschichte dieses Preises nachzudenken. Im Gegensatz zu 1975, als der „Dissident“ Sacharow diesen Preis zugesprochen bekam und ein wochenlanges Mediengeplänkel die Folge war, ging man diesmal sehr kurz angebunden zur Tagesordnung über. Vielleicht deshalb, weil sich „die EU“ nicht als Anti-Putin vermarkten lässt? Der Stifter des Preises wollte den Preis vergeben „an diejenigen, die am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskonferenzen hingewirkt hat“.

Nun ist der Friedensnobelpreis mehr noch als der für Literatur immer ein politischer Preis.

Die Auswahl der Preisträger sollte also besonders kritisch nach den Vorgaben des

Stifters erfolgen. An einige möchte ich erinnern:

- Fridtjof Nansen (1922) als „Erfinder“ des Nansen-Passes zum internationalen Schutz von Flüchtlingen

- Carl von Ossietzky (1935) für sein mutiges Eintreten gegen Faschismus

- Martin Luther King (1964) für seinen Kampf um gleiche Rechte für Menschen anderer Hautfarbe

Bei den genannten wird es keine Fragen geben nach der Berechtigung der Auszeichnung. Auch bei Willy Brandt (1971) als Initiator der „Ostverträge“ kaum. Auch wenn dessen Wirken mit der Installation des Altnazis Kiesinger als Bundeskanzler der BRD und den Berufsverboten verbunden ist.

Sehr fragwürdig sind, wenn wir uns an die Kriterien des Stifters erinnern, aber zahlreiche andere Preisträger. Von mir zu diesen Personen nur Stichworte, als Anregung zu eigenen Überlegungen:

- Henry Kissinger (1973) maßgeblich beteiligt an der US-Aggression gegen Vietnam, Organisator des faschistischen Putsches in Chile

- Lech Walesa (1983) mit Papst und CIA Mitorganisator des Umsturzes in Polen

- Michail Gorbatschow (1990) dilettantischer Egomane und Zerstörer der Sowjetunion

Barack Obama (2009) erteilt persönlich die Befehle über den Einsatz von Drohnen im „Kampf gegen Terroristen“ und damit staatlich sanktionierte Morde, führt Kriege, Rüstungshaushalt der USA: Bush 375 Mrd. \$, Obama 698 Mrd. \$

EU (2012) Abschotten gegen Flüchtlinge, Kriegsbeteiligungen weltweit, größter Rüstungsexporteur.

Alfred Nobel würde sich das mit der Stiftung heute sicher noch einmal überlegen.

Peter Möller

Aus der Rostocker Bürgerschaft

Nach dem Ende der Sommerpause hat die Arbeit der Linksfraktion in der Rostocker Bürgerschaft wieder Fahrt aufgenommen. So musste beispielsweise der Versuch der Verwaltung und einiger Fraktionen abgewehrt werden, den städtischen Haushalt auf Kosten des Südstadt-Klinikums zu sanieren. Fünf Millionen Euro sollte das kommunale Unternehmen laut Vorlage der Verwaltung an die Stadt abführen, dabei liegt der operative Gewinn der Klinik nur bei 3,1 Millionen. Das Klinikum braucht dringend Kapital für Investitionen, das ihr aber nicht zum ersten Mal entzogen wird. In unserer Fraktion ist man sich einig, dass Rostock starke kommunale Unternehmen braucht. Die Bestimmung einer Klinik kann auch nicht darin bestehen, den städtischen Haushalt zu sanieren. Stattdessen müssen die Gelder zum Wohle der Patienten eingesetzt werden. Angesichts der schlechten Kassenlage der Stadt war es schließlich eine Frage der Abwägung, mit welcher Alternative die Fraktion der LINKEN in die Bürgerschaft gehen ließ. 3,1 Millionen sollte das Klinikum an die Stadt abführen. In der Bürgerschaft gab es schließlich eine Mehrheit für 3,5 Millionen.

Die Frage der Haushaltssanierung wird uns noch lange beschäftigen. Die Ursachen für die chronische Unterfinanzierung der meisten deutschen Kommunen liegen

im Falle Rostocks nicht in zu hohen Ausgaben. Bund und Länder laden den Kommunen immer neue Aufgaben auf, ohne dass die Finanzierung ausreichend gesichert ist. Hier muss der Hebel angesetzt werden, anstatt aus den Bürgern und kommunalen Unternehmen den letzten Cent herauszupressen. Deshalb stellte unsere Fraktion auch den Antrag, die von der Verwaltung (sprich vom OB) vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B abzulehnen und stattdessen eine Erhöhung etwa der Gewerbesteuer zu prüfen. Der Antrag wurde angenommen.

Auch die Kleingärtner sollten nicht für den Haushalt der Stadt bluten. In einem maßgeblich von uns initiierten Antrag wurde der Oberbürgermeister beauftragt, bei der Erhöhung des Pachtzinses für Kleingärten in Rostock für das Jahr 2013 nicht den vierfachen Betrag des vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt festgelegten Pachtzinses für gewerbsmäßigen Obst- und Gemüseanbau zu erheben. Der Pachtzins soll vielmehr stufenweise über einen Zeitraum von drei Jahren erhöht werden. Unser Antrag wurde angenommen.

Noch ein Wort zum Volkstheater. Die Gruppe FÜR ROSTOCK will die GmbH auflösen und das Theater in die städtische Verwaltung zurückführen. DIE LINKE hatte sich stets gegen die Gründung der GmbH gewehrt, lehnt das Ansinnen von FÜR ROS-

TOCK aber dennoch ab, da das Theater vom OB nicht mehr viel Unterstützung zu erwarten hat. Stattdessen beantragte unsere Fraktion, zusätzliche 1.118.361 Euro für das Theater in den Haushalt 2013 einzustellen, um eine Insolvenz abzuwenden. Dieser Mehrbedarf entstand durch geringere Zuweisungen vom Land sowie dringend notwendige Investitionen, um den Spielbetrieb überhaupt aufrechterhalten zu können. Unser Antrag wurde vertagt. Darüber hinaus beantragte DIE LINKE, die tariflich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen für 2012 auszuzahlen. Das wurde auf Antrag der SPD vertagt.

Carsten Penzlin



95 Jahre Oktoberrevolution

Am 20. Oktober 2012 war es nun soweit, die in 3 Vorbereitungsstreffen mit linken Parteien, Vereinen und Organisationen unter Federführung des RotFuchs (RF) Fördervereins e.V. Regionalgruppe (RG) Rostock vorbereitete Veranstaltung aus Anlass des 95. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution konnte in der Gaststätte „Nordlicht“ in Rostock beginnen.

Im Eingangsbereich boten sich den Gästen eine Reihe von Info-Ständen von verschiedenen linken Parteien, Vereinen und Organisationen, wo neben Werbematerialien auch Bücher angeboten wurden. Zur Unterstützung der linken Tageszeitung „Junge Welt“ konnten die Gäste die aktuelle Ausgabe mitnehmen und entsprechende Abo's ausfüllen.

In der Begrüßungsrede des Vorsitzenden der RG Rostock des RF, Carsten Hanke, wurde gleich zum Beginn in einer Gedenkminute der großen Antifaschistin Käthe Reichel gedacht, die in der Nacht zuvor verstorben war. Gleichzeitig musste der Vorsitzende den angereisten Gästen aus ganz MV, die in großer Erwartung der Gast-Rede von Hans Modrow waren, eine weitere traurige Nachricht übermitteln. Hans Modrow hatte gegen 11.00 Uhr am Veranstaltungstag telefonisch mitgeteilt, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen kann und dies sehr bedauert. Der Grund waren plötzlich eingetretene Komplikationen in Folge eines medizinischen Eingriffs, dem sich Hans Modrow in den letzten Tagen unterziehen musste. Er hatte in der Nacht zuvor den ärztlichen Notdienst aufsuchen müssen und bis zuletzt gehofft, dass er noch kommen könnte, deshalb auch der späte Anruf.

Nach diesen doch schockierenden Nachrichten wurden dann aber mit großem Beifall die Musiker Dr. Diether Dehm und Michael Letz begrüßt, die den kulturpolitischen Teil der Veranstaltung gestalteten. Bevor die Veranstaltung mit dem musikalischen Teil begann, sandte der Vorsitzende solidarische Grüße an die Landtagsabgeordnete Barbara Borchardt, die gemeinsam mit Antifa und weiteren MitstreiterInnen in Wismar gegen den geplanten Aufmarsch Rechtsextremer eine Gegendemo organisiert hatten und dadurch nicht an unserer Veranstaltung teilnehmen konnten.

Die ersten musikalischen Einlagen von Dr. Diether Dehm und Michael Letz wurden mit Liedern und Rezitationen von Bertolt Brecht auf hohem künstlerischem

Niveau dargeboten, was die ca. 130-150 anwesenden Gäste mit anhaltendem Beifall würdigten. Im Anschluss verlas das Vorstandsmitglied Uwe Kamp der RG RF Rostock die Rede des 1.Stellv. des RotFuchs-Fördervereins e.V., Prof. Dr. Götz Dieckmann, der diese Rede auf einer gleichlautenden Festveranstaltung in Berlin gehalten hatte. Dieser ca. 40 minütige Vortrag war geprägt von der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse im damaligen Russland vor der Oktoberrevolution, dem Entstehen einer revolutionären Situation und der großen Bedeutung und Notwendigkeit, dass eine marxistisch-leninistische Partei die Führung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie übernehmen musste, wenn dieser Kampf siegreich verlaufen sollte. Neben vielen Zitaten von Rosa Luxemburg, Lenin uvm. wurde in dieser Rede, welche als Beilage in der nächsten RotFuchs-Ausgabe November 2012 erscheinen wird, Bezug genommen auf die heutige gesellschaftliche Situation, in der wir uns befinden und welche Aufgaben sich daraus ergeben. Letztendlich wurde in der Rede festgestellt, dass der Rote Oktober die Geburtsstunde für eine neue Epoche markiert hat und dass die Einstellung zu dieser Zeitwende wie eh und je darüber Auskunft gibt, wer zum Lager der Revolution gehört oder wer zum Gegner übergelaufen ist – sei es aus Berechnung, sei es aus Schwäche.

Im anschließenden zweiten Teil der musi-

ebenso kämpferische und politisch aktuelle Lieder und Zitate vorgetragen und dabei immer wieder der Bezugspunkt zur Oktoberrevolution hergestellt. An dieser Stelle sei an solche Titel über die italienischen Partisanen im Zweiten Weltkrieg und ihr Lied „Bella ciao“ erinnert. Bei seinen Darbietungen konnten die Gäste die Aussage der Peiner Nachrichten vom 30.4.2012 sicherlich bestätigen, die da sagten „Dehms revolutionäre Stimme interpretiert brillant die anklagenden, rauchigen und schmutzigen Songs“.

Bei der abschließenden Danksagung durch den RF Vorsitzenden wurde vor allem daran erinnert und entsprechend gewürdigt, dass durch die große vielfältige Unterstützung von linken Parteien wie Die Linke, DKP und Organisationen wie Rostocker Friedensbündnis, VVN BdA Rostock, GRH und der LAG Antikapitalistische Linke MV uvm., diese Veranstaltung vorbereitet und unterstützt wurde. Gleichzeitig wurde wiederholt deutlich gemacht, dass gemäß den aktuellen Leitsätzen des RotFuchses, unter der Losung „Einigung, mit dem Ziel der Vereinigung“ die Zusammenarbeit mit allen linken Kräften fortgesetzt wird. Mit musikalischer Unterstützung von Dr. Diether Dehm und Michael Letz wurde dann gemeinsam zum Abschluss „Die Internationale“ gesungen.

Carsten Hanke

Vorsitzender RG RotFuchs Rostock



kalischen Begleitung gab Dr. Diether Dehm einen vielfältigen Beweis seines Könnens. Neben sehr besinnlichen Texten wurden

Auch deshalb entschied sich Steffen Bockhahn, den Landesvorsitz abzulegen und sich ganz auf den Wahlkampf sowie auf sein Bürgerschaftsmandat zu konzentrieren. Die Arbeit im Kommunalparlament besitzt für ihn eine herausragende Bedeutung.

Hier seine Erklärung zum Rücktritt: Liebe Genossinnen und Genossen, gemeinsam haben wir viel erreicht. Oft waren unsere Erfolge nur möglich, weil wir Kräfte konzentriert haben oder uns selbst auch mal zurücknehmen konnten. Im Jahr 2009 haben wir gemeinsam einen Erfolg bei den Kommunalwahlen in Rostock gefeiert. In der Bürgerschaft stellen wir seitdem die größte Fraktion und prägen die Politik in der Hansestadt. Mir bedeutet dieses kommunale Mandat sehr viel, ebenso meine Aufgabe als Vorsitzender des Finanzausschusses in Rostock. 2009 gewannen wir für DIE LINKE auch das erste Mal ein Direktmandat für den Deutschen Bundestag in Mecklenburg-

Vorpommern. Dieses Mandat möchte ich im kommenden Herbst unbedingt verteidigen. Vergangenen Freitag haben mich die Genossinnen und Genossen erneut als Kandidat im Wahlkreis Rostock nominiert und natürlich möchte ich alle Kraft in diesen Wahlkampf stecken.

Seit drei Jahren war ich ehrenamtlich, neben meinem Mandat als Bundestagsabgeordneter und der Mitgliedschaft in der Rostocker Bürgerschaft, auch als Landesvorsitzender tätig. Da die Aufgabe mehr Zeit beansprucht als ich sie im kommenden Jahr aufbringen kann, werde ich diese Verantwortung abgeben müssen. Ein engagierter Wahlkampf für DIE LINKE ist nicht nebenbei zu leisten, ebenso wenig wie die Aufgabe als Landesvorsitzender. Ich informiere Euch hiermit vorab, bevor ich es auf einer Pressekonferenz öffentlich mache.

Ich habe die Aufgabe als Landesvorsitzender sehr gerne wahrgenom-

men, wenngleich es nicht immer einfach gewesen ist. Trotzdem freue ich mich über die errungenen Erfolge. So hat DIE LINKE 2011, gegen den Bundestrend, als einziger Landesverband bei einer Landtagswahl prozentual zulegen können, und unsere Landtagsfraktion leistet tolle Arbeit.

Heute Abend werde ich den Landesvorstand bitten, dass er für den 17. November einen außerordentlichen Parteitag nach Linstow einberuft. Dort soll dann die Neuwahl erfolgen. Die stellvertretende Landesvorsitzende Heidrun Bluhm hat sich entschlossen, als Vorsitzende des Landesverbandes DIE LINKE M-V zu kandidieren. Seit fünf Jahren ist sie Stellvertreterin, kennt den Landesverband sehr gut und traut sich zu, die anstehenden Aufgaben zu meistern. Ich wünsche Heidrun Bluhm eine glückliche Hand und dem Landesverband eine gute Zukunft.

Mit solidarischen Grüßen,
Euer Steffen Bockhahn

Aktionstag UmFAIRteilen

Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr – der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen. Dem stehen gigantische private Vermögen entgegen. Sie müssen wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden – mit einer einmaligen Vermögensabgabe und einer dauerhaften Vermögensteuer. Das fordert das breite gesellschaftliche Bündnis UmFAIRteilen, das von der LINKEN unterstützt wird. Mehr als 40.000 Menschen gingen beim Umfairteilen-Aktionstag am 29. September deutschlandweit für eine stärkere Besteuerung von Reichtum sowie gegen soziale Ungleichheit und Sozialabbau bundesweit auf die Straßen. In Rostock wurde der Protest maßgeblich von der LINKEN getragen.



Dienstag, 6. 11. 12
**Rostocker
Aktionstag**
www.umfairteilen.de



KLARTEXT



Statt Wahlbetrug bei der Rente - Lebensleistung Ost anerkennen



Wann kommt endlich die Angleichung der Rente Ost an West? – Diese Frage begegnet einem in Ostdeutschland buchstäblich auf Schritt und Tritt, wenn die Sprache auf die Rente kommt. Anfang der 90er Jahre war von einer Angleichung der Lebens- und auch Einkommensverhältnisse innerhalb von fünf Jahren ausgegangen worden. Viele sehen in der noch ausstehenden Angleichung eine grobe Ungerechtigkeit. Diese lässt sich auf Euro und Cent festmachen. Wer im Westen 45 Jahre lang ein Durchschnittseinkommen hatte, erhält dafür 1.263,15 Euro Rente. Sein Pendant im Osten kann nur mit 1.121,40 Euro rechnen. Unterm Strich macht das eine Differenz von 141,75 Euro. Das ist nicht gerade ein Pappentier, doch es gibt keinerlei Anzeichen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung hier etwas ändern will.

Wie versprochen, so gebrochen

Kurz vor der Bundestagswahl 2009 aber hatte genau das die Kanzlerin versprochen. Auf dem Seniorentag in Leipzig bezeichnete sie die Angleichung des Rentenwertes Ost an West als eine „Dringlichkeitsaufgabe“ und fügte hinzu, dass „das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird“.

Diese Zusage von Angela Merkel fand noch Aufnahme in die Koalitionsvereinbarung von Union und FDP: „Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.“ Danach aber war lange Zeit zu diesem Thema nichts zu hören. Gelegentlich hieß es, Qualität müsse vor Geschwindigkeit gehen. Als wären 22 Jahre nicht Zeit genug. Ausgang des vorigen Jahres schließlich kam Bewegung in die Sache, wenn auch als Rolle rückwärts. Am 16. Dezember 2011 verkündete Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär und Ost-

Beauftragter der Bundesregierung, im Bundestag praktisch eine Abkehr vom Koalitionsvertrag und bekannte sich ausdrücklich zu Aussagen in einem Artikel der „Sächsischen Zeitung“ vom gleichen Tag. Im online-Auftritt der Zeitung hieß es:

Die rasche Westrente für Ostdeutsche ist „wenig wahrscheinlich“. Stattdessen setzt die Regierung auf Lohnangleichung.

Die Bundesregierung will offenbar ihr Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag aufgeben, noch bis 2013 ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzuführen. Ihr Ostbeauftragter, Christoph Bergner (CDU), will nach SZ-Informationen heute im Bundestag dafür plädieren, in dieser Wahlperiode keine Eingriffe in das Rentenrecht vorzunehmen. Das jetzige System habe sich bewährt, kein Alternativmodell sei überzeugend, heißt es in Bergners Umgebung...“

Beim Seniorentag im Mai dieses Jahres in Hamburg sagte die Kanzlerin kein Wort mehr zur Rentenangleichung Ost an West; hier bahnt sich ein handfester Wahlbetrug an!

LINKE Lässt nicht locker

DIE LINKE unterstützt die Initiative der Gewerkschaften und verschiedener Sozialverbände, die sich unlängst wieder mit dem Hinweis auf die Dringlichkeit an die Öffentlichkeit gewandt haben.

Aus unserer Sicht muss die Angleichung folgende Anforderungen erfüllen: Erstens muss sie so schnell wie möglich beginnen, damit möglichst viele Rentnerinnen und Rentner noch zu Lebzeiten Gerechtigkeit erfahren. Geeignet wäre ein steuerfinanzierter, stufenweise steigender Zuschlag. Zweitens muss sie eine deutliche Verbesserung für alle heutigen ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner bringen, ohne die Situation der westdeutschen Rentnerinnen und Rentner zu verschlechtern.

Und drittens muss die Höherbewertung der Arbeitsentgelte in Ostdeutschland beibehalten werden. Diese soll einen Ausgleich für die noch immer niedrigeren Löhne im Osten schaffen. Das ist sinnvoll und nicht – wie aus anderen Parteien behauptet wird – ungerecht. Gleiche Arbeit muss wenigstens bei der Rente gleich bewertet werden, auch wenn die gleiche Entlohnung noch aussteht.

DIE LINKE hat wiederholt auf parlamentarischem Wege eine Angleichung des Rentenwertes Ost an West verlangt. Dem Antrag aus dieser Legislaturperiode (Drucksache 17/4192) haben die anderen Fraktionen bereits im Vorjahr (am 26. Mai 2011) die Zustimmung versagt. Ein erneuter Vorstoß – gemeinsam mit der Forderung nach einer grundlegenden Korrektur der Rentenüberleitung – befindet sich noch im parlamentarischen Prozess (Drucksache 17/7034) und garantiert, dass sich der Bundestag in dieser Wahlperiode noch einmal mit der Problematik befassen muss.

Überfällig auch: Korrektur der Rentenüberleitung

Unser Credo ist: Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung. Das bedeutet auch, endlich die zahlreichen Probleme anzugehen, die Anfang der 90er Jahre bei der Überführung der DDR-Alterssicherung in bundesdeutsches Recht entstanden sind.

Hunderttausende müssen empfindliche Einbußen bei der Rente hinnehmen, weil es zu Ungerechtigkeiten kam, insbesondere durch eine Ignoranz gegenüber DDR-Regelungen und bewusste Diskriminierungen. Bisher war noch keine Bundesregierung willens, dies zu korrigieren. Vorschläge der Linksfraktion – zuletzt gebündelt in einem Paket von 19 Anträgen – wurden jeweils mit großer Mehrheit abgelehnt. Obwohl mittlerweile von etlichen Rednerinnen und Rednern auch aller anderen Fraktionen Handlungsbedarf eingeräumt wird, müssen immer wieder vermeintliche Privilegien in der DDR für die allgemeine Ablehnung erhalten.

Ja, wir sind gegen den Missbrauch des Rentenrechts als Strafrecht und wollen, dass die Wertneutralität des Rentenrechts wiederhergestellt wird.

Aber die meisten unserer Forderungen und

Anträge beziehen sich auf Personengruppen, die nicht verstehen können, wenn ihre häufig schwierige soziale Lage derart abgetan wird. Zum Beispiel die Krankenschwestern, denen als Ausgleich für ihre schwere und schlecht bezahlte Arbeit ein Steigerungsfaktor bei der Rente gewährt wurde. Oder die in der DDR geschiedenen Frauen, denen ein Versorgungsausgleich versagt wird und die deshalb häufig auf



Grundsicherung angewiesen sind. Oder die ehemals bei Post und Reichsbahn Beschäftigten, denen ihre speziellen, historisch begründeten Altersversorgungen vorenthalten werden. Oder die Ballettmittglieder oder die mithelfenden Familienangehörigen von Handwerkern, Land- und Forstwirten oder die Beschäftigten der Braunkohleveredlung oder die, die im Ausland tätig waren bzw. von dort in die DDR kamen oder die Hausfrauen, die freiwillige Beiträge gezahlt haben.

Ein Vorwurf ist, dass durch eine Korrektur der Rentenüberleitung eine Besserstellung gegenüber westdeutschen Seniorinnen und Senioren erfolge. Fakt ist: Durch die Liquidierung jeglicher zusätzlicher Versorgungen müssen nicht nur alle vormals im Staatsapparat, bei Parteien und Organisationen, bei Polizei, Armee und Zoll Beschäftigten, sondern auch alle der Intelligenz zugerechneten Personen mit etwa 60 Prozent, im Extremfall mit nur 30 Prozent, der Altersbezüge ihrer Berufskollegen West auskommen.

Über zwei Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit ist es an der Zeit, die Lebensleistungen der Ostdeutschen endlich

anzuerkennen, damit der soziale Frieden zwischen Ost und West befördert und ein Leben in Würde im Alter möglich wird.

Dr. Martina Bunge, Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der Rentenüberleitung Ost

**Eine für alle
und alle für
eine.**

Die gesetzliche Rente soll zukünftig allen Beschäftigten Sicherheit geben. Wir wollen eine einheitliche soziale Erwerbstätigenversicherung für alle, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen paritätisch einzahlen. Auch Selbstständige und Beamte sollen Teil der großen Familie werden. Das stärkt die Solidarität, gibt der Rente Stabilität und schafft soziale Sicherheit in unsicheren Zeiten.
www.die-rente-die-linke.de

**DIE DIE LINKE.
RENTE**

Bund muß handeln!

Die Bundesmittel, die für die Wohnraumförderung nach MV fließen, werden immer noch nicht vollständig ausgegeben. Das Land bunkert die Mittel, anstatt sie auszugeben. Spart die Landesregierung zu Recht?

Die soziale Wohnraumförderung ist ein Teil staatlicher Daseinsvorsorge, für diejenigen, die sich auf dem Wohnungsmarkt nicht frei mit Wohnungen versorgen können (u.a. durch geringe Einkommen, soziale Merkmale und besondere Bedürfnisse). Gefördert wird vor allem die Modernisierung von vorhandenem Wohnraum oder kommunale Belegungsrechte (für Wohnen mit Wohnberechtigungsscheinen). Bis zur Föderalismusreform 2006 hat der Bund diese Aufgabe der Länder mit jährlich wechselnden Zuschüssen unterstützt. Der Bund zieht sich stufenweise über Kompensationszahlungen bis 2019 zurück. Mit 2013 sollen diese Kompensationszahlungen auslaufen und geprüft werden, ob die Zahlungen noch notwendig sind.

Der Bundeszuschuss beträgt rund 21,3 Millionen Euro. Das jährlich aufgelegte Wohnraumförderprogramm des Landes umfasst jedoch nur 11,5 Millionen Euro (als Darlehensprogramm). Ein weiterer Teil der Bundesmittel wird in Altprogrammen gesteckt.

Und ein dritter Teil von 9,5 Millionen Euro

in diesem und 9,6 Millionen Euro im kommenden Jahr wandert in das Sondervermögen „Wohnraumförderung“. Es wird angespart für die Zeit nach Auslaufen der Bundeszuschüsse. Das Land bunkert die Mittel, anstatt sie auszugeben. So wächst das Sondervermögen bis Ende 2013 auf 53,5 Millionen Euro an.

Ich frage mich, ob das wirklich klug ist? Im Entflechtungsgesetz ist geregelt, dass die Länder bis Ende 2013 den Nachweis über den weiteren Bedarf erbringen müssen. Danach richten sich die Mittel für den Zeitraum ab 2014. Für mich ist schleierhaft, wie das Land dem Bund klar machen will, dass das Geld weiter gebraucht wird, wo es doch in den Sparstrumpf wandert?

Auf unsere Frage hin, wann denn dieses Sondervermögen für die Wohnraumförderung ausgegeben werden soll, antwortete Staatssekretär Rudolf (Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus) unkonkret. Er nannte keine Jahreszahl. Aber er versicherte, dass das Sondervermögen „Wohnraumförderung“ auch tatsächlich für die Wohnraumförderung eingesetzt und nicht in den Haushalt umverteilt werden wird. Desweiteren bestätigte er, dass die Kompensationszahlungen des Bundes zweckgebunden für die Wohnraumförderung bleiben.

Zusammengefasst heißt das: Das Sonder-

vermögen wird der Wohnraumförderung vorbehalten und auch künftige Kompensationszahlungen des Bundes werden zweckgebunden eingesetzt. Dann hindert ja nichts daran, das landesrechtlich zu regeln.

Desweiteren will die Landesregierung eine Studie in Auftrag geben, die untersucht, wie die Förderinstrumente wirklich wirken. Besonders die Effizienz der Förderung in Bezug auf Wertschöpfung soll dabei untersucht werden.

Ich halte es durchaus für wichtig, Förderinstrumente auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Um zu wissen, was hat sich bewährt und was nicht. Solange untersucht werden soll, inwieweit die Förderung Aufträge für regionale Bauunternehmen generiert und damit Arbeitsplätze erhält und schafft sowie Steuereinnahmen bringt, bin ich dafür.

Ich gebe aber zu bedenken, dass es bei der Wohnraumförderung um das Sozialgut Wohnen als Teil der Daseinsvorsorge und eben nicht um Rendite geht. Ich warne die Landesregierung davor, Wohnraumförderung und Wohnungsunternehmen künftig ausschließlich als Wirtschaftsunternehmen zu sehen. Das Selbstverständnis der Wohnungsunternehmen ist auch ein Soziales.

weiter Seite 10



Ich verweise auf die Altersarmut, die uns längst erreicht hat und auf die Einkommenslage im Land. Wer netto weniger als 1.300 Euro Haushaltseinkommen hat, gibt davon fürs Wohnen fast die Hälfte aus. Die Zahl derer, die staatliche Unterstützung brauchen, um ihre Wohnkosten zu schultern, wächst. Zudem sind die Wohnungsunternehmen hoch mit Krediten belastet. Insbesondere in ländlichen Räumen sind die Banken äußerst zurückhaltend. Die Kreditbeschaffung wird immer schwieriger. Mit zweitrangiger Absicherung geben sich Banken und auch das Landesförderinstitut nicht zufrieden. Damit kommt für viele eine Darlehensförderung nicht in Frage. Vielleicht ist das eine Erklärung für die geringe Nachfrage nach Förderung. Die Wohnraumförderung des Landes muss soziale Wohnraumförderung für Haushalte sein, die sich nicht selbst angemessen auf dem Wohnungsmarkt versorgen können. Und das heißt für mich Förderung von Mietwohnungen. Der demografische und soziale Wandel erfordert eine wirksame soziale Wohnraumförderung. Objektförderung (Subventionierung von Wohnraum

durch z.B. verbilligte Darlehen) muss genutzt werden, um die Mieten gering zu halten. Damit muss zumindest ein Teil künftiger Förderung eine Zuschussförderung sein. Solange das Land Zuschüsse vom Bund bekommt, kann es auch Zuschüsse vergeben.

Regine LückIn diesem Jahr feierte das Mühlenfest am 01. September auf der Mühlenwiese im Rostocker Nordosten sein achtjähriges Bestehen. Das Einwohnerfest ist ein wichtiger Bestandteil für Dierkow und Toitenwinkl und kann zu Recht stolz darauf sein, so ziemlich das einzige Rostocker Stadtteilfest zu sein, dass nicht nur über die Jahre bestehen konnte und immer noch wächst, sondern sich über Spenden und Sponsoren sowie viele Ehrenamtliche sogar selbst finanzieren kann. So freute sich unsere Landtagsabgeordnete und 2. Vizepräsidentin des Landtags, Regine Lück, in diesem Jahr die Eröffnungsrede zum Mühlenfest halten zu dürfen und die vielen Angebote aus dem Stadtteil an den zahlreichen Ständen kennenzulernen. Besonders die bunten und liebevoll ausgestalteten Stände der ver-

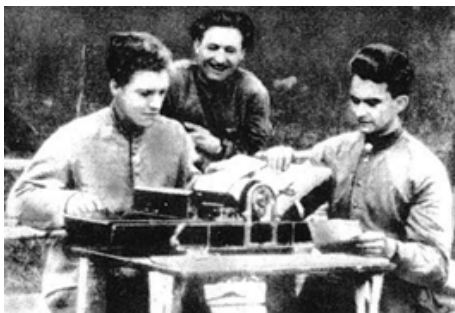
schiedenen Träger für Kinder und Jugendliche zeigten, wie viel dem Dierkower und Toitenwinkler Nachwuchs geboten wird. Neben Kino, Melkstände, Stockpferd-Basteln und -Reiten gab es weitere Handarbeits- und Bastelangebote sowie Möglichkeiten, um sich körperlich auszutoben. Mittenmang wurden kleine Obstkörbe mit frisch geernteten Früchten unter die Leute gebracht. Ein großer Erfolg wurde dabei der Kuchenbasar der LINKEN, die als einzige Partei einen Stand auf dem Mühlenfest hatte.

Von Freitag bis Sonntag gab es von mittags bis abends Programm für Jung und Alt, auf der Bühne, beim Mühlenlauf und beim feierlichen Mühlenfeuerwerk. Insgesamt entwickelt sich der Rostocker Nordosten gut, die Dierkower freuen sich auf ihr im Bau befindliches neues Stadtteilbegegnungszentrum (SBZ), während die Toitenwinkler leider durch die Insolvenz der TEZ auf ihr neues SBZ-Grundstück warten müssen.

Regine Lück

In ´n „Tügenstand von dei Geschichte“

Teil II: Erinnerungen an Konteradmiral Felix Scheffler



Felix Scheffler, rechts, beim Herstellen von Flugblättern in einer Partisaneneinheit

Miene Kontakte mit ehemalige Angehörige von ´t NKFD harn ehren Anfang in ´n „Haus der Freundschaft“, wo ok nah dat Drapen mit Georg Pitruschka und Max Emendörfer, ick 1985 Felix Scheffler un 1987 Dr. Hermann Ernst Schauer neger kennelient heff.

Dei Geschichtsuparbeitung har all ümmer miene besonnert Interesse, un ick nutzte miene Funktion as Kulturfunktionär, üm in ´n HdF von Tied tau Tied mit Arbeitsbrigaden dei denn Ehrennamen „Kollektiv Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ ansträwten, Veranstaltungen unner denn Titel: „Im Zeugenstand der Geschichte“ dörchtauführen.

Dortau heff ick denn interessante Persön-

lichkeiten inladt, wi denn Parteiveteranen Wilhelm Buhk, dei während dei Oktoberrevolution in Russland, bi denn legendären Reitermarschall Budjonny deihnt hett. Orer Karl Kiesling, dei 1917 as Matrose an ´n Sturm up dat Winterpalais in St. Petersburg / Petrograd dorbi wier. Ok Alfred Weber, dei soeben Jahr in ´n KZ Buchenwald lieden möst, wier äbenso Gast in mienen Tügenstand as dei Konteradmiral a.D. Felix Scheffler.

As „Vörsitter von ´t Gericht“ – Biesitter stellte dat Kollektiv – intressierte uns weniger dei Loopbahn von ´n Admiral bi dei Volksmarine, sonnern mihr siene Tied bi dei Partisanen in Belorussische Wälder. Oewer dat har ick mi lichter vörstellt, as sik dat denn erwieste: Scheffler antwurdt up uns Fragen militärisch knapp un dei Unnerhollung keem nich so in Fohrt, as wi uns dat wünschten. Schnell wür klor, dat hei leiwer oewer annere as oewer sik spräken mücht. So schilderte hei uns siene ierste Begegnung mit Max Emendörfer, as dei Vizepräsident von ´t NKFD dei Kameraden Karl Rienagel, Hermann-Ernst Schauer, Hugo Bahrs, Herbert Henschke, Ernst Apelt un ok em, Felix Scheffler, mit fierlich Stimm denn Eid afnehm.

Mit faste Stimm sprök Scheffler nu ok in unsen „Tügenstand“ denn Eid, as damals in ´n Partisanengebiet an dei Belorussische Front:

„Ich, Sohn des deutschen Volkes schwöre, dass ich so lange kämpfen werde, bis das volksfeindliche Hitlerregime beseitigt ist. Ich werde die mir übertragenen Aufgaben treu erfüllen, ohne mein Leben zu schonen.“ (3)

Mi keem dat för, as wenn in Schefflers Stimm ´n lichtet Zittern leeg un hei gegen upkamende Emotionen ankämpfen möst. Ick har doch keine Ahnung, dat Felix siene Lung von Kräwt befallen wier un ´n poor Dag för uns Versammlung sien Arzt em noch ein half Jahr Läwenstied prognostiziert har.

Oewer denn har hei sik ok all werrer unner Kontroll un vertellte uns, unner wat för swore Bedingungen dei Partisanen un Kämpfer von NKFD inmitten von Holt, Busch un Muur, Flugblätter herstellten. Un dat Sworste wier denn noch, dei Bläder in dei Garnisonen vonne Wehrmacht tau verdeilen. Ünner Läbensgeföhr kläwten sei dei Flugblätter an Huswänd, Böhm un Telegrafmasten, smeten sei in Lazarette un Isenbahnen, wo sei ok ehre Läser fun ´ hemm. Felix halte nu ut sien Jack ein ´ Folie in de ´n Zettel leeg, denn hei mi öwergeef: „Lies du vor, bitte!“ Un dor wier werrer dat Zittern in sien Stimm.

Ick nehm dat Flugblatt, wat hei unner dei Soldaten verdeihlt un dormit woll ok noch mank einen dormit dat Läben rett hett, un begünn vörtauläsen:

„Willst Du, daß mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, Tausende sterben? – daß Deine Angehörigen täglich der Vernichtung durch Bomben ausgesetzt sind? – daß die Versorgungsfrage für die und Heimat unhaltbar wird? –

daß schließlich Deutschland der Kriegsschauplatz wird?

DU KANNST ES NICHT WOLLEN!

Der Krieg ist für Hitler verloren.

Es muß so schnell wie möglich zum Frieden kommen, damit noch etwas gerettet wird.

Wer muß denn aufbauen, was täglich zerstört wird?

Können Witwen und Waisen allein Deutschland aufbauen?

Nein – wir alle müssen es tun!

Deshalb muss gehandelt werden!

Das Gebot der Stunde: **SCHLUSS MIT DEM KRIEG!**

Nun, wohin Kamerad? – Zu uns!

Werde Mitkämpfer der Bewegung >Freies Deutschland<

Keinen Schuß mehr für Hitler,

der durch seine abenteuerlichen Weltherrschaftspläne

Deutschland ins Unglück gestürzt hat.

Verhindere weiteres Blutvergießen!

Wenn du mit russischen Truppen oder

mit Partisanen in Kämpfe verwickelt wirst, strecke die Waffen!

Bei der Roten Armee und bei den Partisanen sind überall Bevollmächtigte der Bewegung „FREIES DEUTSCHLAND“.

Nehmt Verbindung mit ihnen auf!

Kämpft mit uns um die Rettung unserer Heimat und für unsere Zukunft!

Die Beauftragten des N.K. im Hinterland, Abschnitt Mitte, Gruppe 117.“ (4)

Taun Schluss von sienen Vödrach betonte Felix denn noch, dat jeder ein von sienne Grupp up sienen eigenen Wech tau de glieke Oewertüging un taun glieken Entschluss gelangt wier, obwoll dat nich einfach wier, so ´n entscheidenden Schritt tau dauhn, un dei Kraft tau fin´n mit dei Rechts: Felix Scheffler, der spätere Konteradmiral der Volksmarine

Vergangenheit tau bräken. Wi wiern von Felix sienen Vödrag deip beindruckt un miene „Bisitter“ harn an denn „Genossen Admiral“ nu Fragen, so ok dei nah denn Fahneneid.

Scheffler bröchte dat nich in Verlügenheit und hei zeigte Minschen- un Geschichtskennntniss:

Mennigein wür gloeben, dat dei Bruch einet Fahneneids unvereinbor is mit nationale Ehr und Würd´. Oewer dat geef ok in dei so sihr up nationale Treu un militärisch Disziplin orientierte preußisch´ Geschicht Bispille dei wat anners utseggen:

Dor wiern Freiherr von Stein un dei Dichter Ernst Moritz Arndt, dei sik in Upraupe un Gedichte an dat dütsche Volk richt hemm, as dütsche Truppen, dei Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. unner Franzosenkaiser Napoleons Führung gegen Moskau



marschieren let.

Dor wier dei hervorragende Kriegsphilosoph Clausewitz, dei sogor bi dei Russen Kriegsdeinste nehm, üm demonstrativ gegen dei Willkür sienet Königs tau protestieren.

Un dor wier General York, dei eigenmächtig mit denn Krieg gegen Russland Schluss make un sienen König denn Gehorsam verweigerte. Hei stellte dei Verantwurdung vör sien Volk höger as denn Eid up einen Monarchen, dei sien Volk verraden har.

IN MEMORIAM Felix Scheffler, burn am 9. Februar 1915 in Hamburg, storben am 13. März 1986 in Rostock

Quellen:

(3) + (4) „In den Wäldern Belorusslands – Erinnerungen sowjetischer und deutscher Antifaschisten“ Dietz Verlag Berlin 1984

(5) Google: felix scheffler / nva forum Kurt Kaiser

(Plattdütsch-Verein „Klönssnack-Rostocker 7“ e.V.)

Ein fast vergessenes Kapitel deutscher und russischer Geschichte

Es gibt Bücher, die liest man selektiv, um sich das Interessante herauszupicken. Und dann gibt es Bücher, da möchte man keinen Absatz, keine Zeile verpassen – so fesselnd schreibt die Autorin/ der Autor. Bücher über Geschichte leben vom erzählerischen Talent des Autors, das haben Historiker aus dem englischsprachigen Raum besser verstanden als ihre deutschen Kollegen. Eine solche brillante Erzählerin ist die Britin Anna Reid. Ihr 2011 erschienenes Werk „Blockade. Die Belagerung von Leningrad, 1941-1944“ zählt zu den besten historischen Sachbüchern der letzten Jahre.

Vor 70 Jahren standen die Deutschen vor Leningrad, hatten die Stadt mit ihren damals 3,5 Millionen Bewohnern fest umschlossen. Auf dem Landweg gab es für die Eingeschlossenen kein Entrinnen. Die Belagerung Leningrads war eine ganz

spezielle Variante des deutschen Vernichtungskrieges. Der langsame und qualvolle Hungertod Hunderttausender wurde billigend in Kauf genommen, auch von der Führung der Wehrmacht. Jegliches Gerede von der „sauber gebliebenen“ Wehrmacht wird auch am Beispiel Leningrads ad absurdum geführt. Es ist aber eine Legende, dass Hitler Leningrad nicht erobern ließ, weil er dann die Einwohner hätte ernähren müssen. In Wirklichkeit fehlten ihm die Soldaten, um die tapfer verteidigte Stadt zu nehmen. Im April 1942 befahl er – für den Fall des Sieges auf der Krim – die Einnahme Leningrads, das wie Moskau dem Erdboden gleichgemacht werden sollte. Im Buch sind es die unzähligen Ausschnitte aus Tagebüchern, Memoiren und Berichten, die den alltäglichen Schrecken in der Stadt greifbar machen. Das Sterben in der eigenen Familie, das Überleben der

Privilegierten, das Leid der Kinder, die Zerstörung der zwischenmenschlichen Beziehungen. Drei dünne Scheiben Brot – das war die Ration für viele Leningrader im Hungerwinter 1941/42. Insgesamt starben 700-800.000 Menschen (ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtbevölkerung vor dem Krieg), fast alle im Herbst und Winter 1941/42.

Mit jeder Seite wird die Lektüre dieses Buches eindringlicher und unerträglicher. Und trotzdem empfehle ich dieses Meisterwerk. Die Belagerung Leningrads ist anders als die Schlacht um Stalingrad im historischen Bewusstsein der meisten Deutschen kaum präsent, vielen dürfte sie sogar unbekannt sein. Umso wichtiger sind Bücher wie dieses, die über das Fachpublikum hinaus aufklären.

Carsten Penzlin



Nachtrag zum Landesparteitag am 15. September

-Der Vormittag-

Hurra, mal wieder Parteitag! Alte Bekannte treffen und das bei glücklicherweise nicht ganz so prächtigem Wetter. Denn dann bereut man oft, stundenlang in einem fensterlosen Raum gesessen zu haben. Ich bin gespannt, was dieser Tag bringen wird und überrascht, dass unser Sitzungssaal wirklich schön ist. Die Stadthalle in Ludwigslust hat Fenster, scheint altherwürdig zu sein und ist modern ausgestattet. Soweit zu den ersten Eindrücken – den positiven. Jetzt folgen die anderen.

Kaum angekommen, gibt es einen Tagesordnungspunkt „-0“ (minus Null). Steffen Bockhahn hält noch vor der Konstituierung des Parteitages eine Rede, emotional und scheinbar mit dem Recht auf seiner Seite. Warum?

Eine mittlerweile einjährige politische Diskussion hat ihren juristischen Höhepunkt gefunden. Der Kreisvorstand Stralsund schaltet kurzfristig Rechtsanwalt Diestel ein, um nicht mit dem Kreisverband Vorpommern-Rügen fusionieren zu müssen. Die Folge: Es ergeht am 14. 9. 12 ein Beschluss vom Landgericht Schwerin an den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, der dem Landesparteitag untersagt, über die Frage der Fusion abstimmen zu lassen. Warum?

Warum könnt ihr, liebe Stralsunder Genossen in einem großen Kreisverband nicht ebenso erfolgreich arbeiten wie bisher? Warum müssen wir uns einen ganzen Vormittag mit Fragen beschäftigen wie z.B. der, wie ein „kann“ im Statut unserer Partei ausgelegt werden kann? Warum muss ich mich als Delegierte hin- und herreißen lassen zwischen den Auslegungen des bürgerlichen Parteiengesetzbuches und unseres politisch gewolltem Parteistatu-

tes?

Warum geht es dann einigen Delegierten wie Catharina Muth, die abschließend zur Debatte bekundet, beide Anträge (S2 vom Landesvorstand für die „Zwangsfusion“, S3 vom Kreisvorstand Stralsund für das Fortbestehen des Kreisverbandes) abzulehnen? Zum Einen, weil sie gegen Zwang ist, zum Anderen, weil sie gegen die Entsolidarisierung mit den ländlich geprägten Kreisverbänden ist.

Ich höre von den Stralsunder Genossen keinen einzigen nachvollziehbaren Grund, der gegen die Fusion spricht. Es bleibt bei „fehlendem Einvernehmen“ und Meinungsverschiedenheiten, kein Beispiel, keine Präzisierung.

Letztendlich ist für mich bei der Abstimmung über beide Anträge Cathi Muths Beitrag entscheidend. Ich stimme gegen S2 und würde auch gegen S3 stimmen, würde ich die Chance bekommen. Doch die Stralsunder Genossen ziehen ihren Antrag im Siegesrausch zurück, nachdem S2 zwar die Mehrheit der Stimmen, jedoch nicht die für Satzungsfragen notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten hat. Und reisen ab, nur nicht Marianne Linke.

Manch ein Sieg sieht nur so aus, als ob er einer wäre. In dieser Schlacht haben wir alle verloren und sie ist noch nicht zu Ende.

Gerit Losand-Gärber



Foto: www.die-linke-mv.de



Am 9.10. zeigte die Rostocker LINKE beim Campustag der Uni Rostock Präsenz. Gemeinsam informierten LINKE Organisationen wie die Linksjugend ('solid), der SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband), der Bundestagsabgeordnete Steffen Bockhahn, der Landtagsabgeordnete Hikmat Al-Sabty, der Kreisvorsitzende der LINKEN Rostock Prof. Dr. Wolfgang Methling und die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Rostocker Bürgerschaft, Eva-Maria Kröger, die Studierenden über linke Politik und luden sie ein, sich neben dem Studium für eine sozial gerechte Politik zu engagieren.

Stadtteilverband Evershagen



Seit dem 11. Oktober gibt es nun auch in Rostock-Evershagen einen Stadtteilverband. Denn in der Kreissatzung steht, dass sich der Kreisverband in Regionalverbände gliedert, die aus einem oder mehreren Stadtteilverbänden bestehen können. Dies hatte ein Kreisparteitag im März 2012 beschlossen. Im Vorstand des Stadtteilverbandes Evershagen arbeiten nun Ursel Zöllick sowie Frank Weber,

Eckard Reschke und Karsten Steffen mit. Blumen gab es nicht für sie, sondern für Udo Wachtl, der viele Jahre in Evershagen die Fahne der PDS und dann der LINKEN hoch hielt, und von nun an ohne die Last einer Funktion für die Partei wirken wird. Ihm sei gedankt.

Der Wahl voran ging ein interessanter Vortrag unseres Landtagsabgeordneten Dr. Hikmat al-Sabty zur aktuellen Lage im Na-

hen Osten, insbesondere Syrien. Als Gäste anwesend waren zudem der Bundestagsabgeordnete Steffen Bockhahn, unsere Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft Eva-Maria Kröger sowie als Vertreter des Kreisvorstandes der stv. Kreisvorsitzende Carsten Penzlin.

Text und Foto: Carsten Penzlin

Mieter schützen!

Mietrechtsänderung der Bundesregierung bedeutet Verschlechterung für Mieterinnen und Mieter

Am 27. September hat die Bundesregierung ein Gesetzgebungsverfahren zur „Änderung des Mietrechts“ eingeleitet. Diese Änderung beinhaltet, dass künftig die Miete nicht gemindert werden darf, wenn Bauarbeiten zur energetischen Sanierung weniger als drei Monate andauern. Die Mieterinnen und Mieter können sich nicht wehren und haben im schlimmsten Fall Dreck, Lärm und Staub zu ertragen. Viele müssen nach so einer Sanierung sogar ausziehen, weil sie die höhere Miete nicht zahlen können. Desweiteren soll das Mietrecht so geändert werden, dass es bei Zahlungsverzug zu hohen Ordnungsgeldern oder gar Ordnungshaft führen kann. Zudem sind Räumungen künftig schneller und leichter durchzusetzen. Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen sind deshalb im Falle eines Zahlungsverzugs von Haft oder Räumung bedroht.

Von den rund 848 700 Privathaushalten in MV wohnen etwa zwei Drittel in Mietwohnungen. Damit sind über einen Million Menschen im Land unmittelbar von den Änderungen betroffen. Das besorgt mich zutiefst, auch, dass viele Mieterinnen und Mieter darüber einfach in Unkenntnis gelassen werden. Wenn sie wüssten, was auf sie zukommt, wäre der Protest größer. Deshalb appelliere ich an alle Mieterinnen und Mieter unter Euch, liebe Genossinnen und Genossen, massiv und öffentlich gegen diese Pläne vorzugehen.

Regine Lück



Wolfgang Gehrcke in Lütten Klein



Wolfgang Gehrcke, Mitglied des Bundestages unserer Fraktion DIE LINKE, folgte unserer Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung am 8.10.12 in Lütten-Klein. Wer kennt von uns Wolfgang Gehrcke nicht? Sehr früh mischte er nach der Wende in unserer Partei mit. Hier einige Abschnitte aus seinem Lebenslauf: Zuerst war er von 1991-93 Bundesgeschäftsführer der PDS, dann von 1993-98 stellvertretender Bundesvorsitzender. Als außenpolitischer Sprecher der PDS und DIE LINKE wirkte er auch im „Auswärtigen Ausschuss“ des Bundestages. Zurzeit ist Wolfgang unser Außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Mitglied im Fraktionsvorstand. Erwartungsvoll und herzlichst wurde Wolfgang von den rund 60 Mitgliedern und Gästen begrüßt. Genn. Ida Schillen bedankte sich, dass er sich die Zeit genommen hat, um uns aus seiner Sicht einige welt- und innerpolitische Einschätzungen mitzuteilen.

Einführend sagte uns Wolfgang, dass Rosstock für ihn kein unbekanntes Pflaster sei. In seiner langen politischen Laufbahn war er mehrfach hier. Als Hamburger fühle er sich wohl. Zu Beginn seiner Ausführungen äußerte er sich zur Bedeutung des Wahlsieges von Hugo Chávez in Venezuela für den lateinamerikanischen Kontinent und auch für Cuba. Die kommende Bundestagswahl wird eine neue Herausforderung für uns alle werden. Es geht um die Erhaltung und Stärkung einer Kraft im Bundestag, die sich gegen die neoliberale Politik der jetzigen Bundesregierung wendet. Es geht den Kampf gegen den Sozialabbau und Rentenkürzungspolitik sowie für andere Schwerpunkte zu führen. Die gerechte Teilung des Reichtums in Deutschland und in der Welt. Die Friedens- und Antikriegspolitik liegt ihm besonders am Herzen. Wir

stehen für eine gerechte Sozial-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Wir sind für eine Stärkung der Binnenkaufkraft. Dies müssen wir in unserer Politik offensiv und verständlich vermitteln. Verbündete sind auf allen Ebenen wichtig für unseren Erfolg. Die jetzige Bundesregierung finanziert durch massiven Sozialabbau die neoliberale Politik. Die Lasten der Krise werden auf den Schultern der sozial Schwachen abgewälzt. Hier müssen wir unsere Politik deutlich machen, wie wir gerechter und sozialer sein wollen. Der Kanzlerkandidat der SPD, Steinbrück, ist und bleibt ein Mann des Kapitals. Das einheitliche Auftreten und Agieren unserer Partei ist wichtig. Keine Ost-West Debatte, sie schadet nur uns selbst. Der neue Vorstand, Katja Kipping und Bernd Riexinger, erhält unser Vertrauen und unseren Dank für die bisher geleistete Arbeit. Hier gab es zustimmenden Applaus von allen Teilnehmern.

Als Außenpolitische Sprecher der Fraktion berichtete Wolfgang von seinen Reisen, Eindrücken und Erfahrungen. Die Situation im Nahen Osten droht zu eskalieren, eine neue Kriegsgefahr droht. Es gilt die bestehenden Konflikte in Syrien oder zwischen Israel und Iran politisch zu lösen. Das Palästina Problem ist zu lösen. Den Antikriegskräften gilt unsere Unterstützung. Es sind breite Bündnisse zu schaffen. Keine Waffenlieferungen an die Konfliktparteien im Nahen Osten. Hier trägt die Bundesregierung eine besondere Verantwortung. In unserem Wahlkampf müssen wir uns stärker und zielgerichteter einbringen. Die SPD muss sich die Frage stellen lassen, wie sie zur Friedenspolitik, insbesondere zu Afghanistan, steht.

Die Krise in Europa, insbesondere die Finanzkrise und ihre negativen Folgen sind wirksam zu bekämpfen. Die derzeitigen

Versuche der Bundesregierung sind untauglich, sie dient der Stützung und Stärkung des Finanzkapitals. Unsere Solidarität gilt allen

Staaten, die derzeit unter der Diktatpolitik des Sozialabbaus zur Schuldenbewältigung zu leiden haben. Griechenland gehört unsere volle Solidarität und dies bekunden wir auch öffentlich. Beunruhigend ist der derzeitige Zulauf bei den rechten Kräften. Hier muss eine einheitliche Linke in Griechenland auftreten.

Genn. Kerstin Liebich, als Kreisvorsitzende, richtete ihr Augenmerk auch auf die Herausforderungen zur bevorstehenden Bundestagswahl. Wir setzen auf solche Inhalte, die die Menschen bewegen, sagte sie. Es geht um mehr soziale Gerechtigkeit, den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, die Konflikte in der Welt mit friedlichen Mitteln zu regeln. Als Partei DIE LINKE müssen wir einheitlich und geschlossen in den Wahlkampf gehen. Diese Aufforderung fand von bei allem Teilnehmer einen besonderen Zuspruch. Wir haben jetzt die Aufgabe einen offensiven und zielgerichteten Wahlkampf zu führen. Hier brauchen wir eine breite Unterstützung aller Mitglieder und Sympathisanten. Mit viel Applaus, Blumen und einer Flasche Rotwein wurde Wolfgang von den Teilnehmern und Ida als Versammlungsleiterin verabschiedet.

Hans-Jürgen Donner, Vorsitzender des Stadtteilverbandes Lütten Klein

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 5. November 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 6. November 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 7. November 2012	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, Sitzungssaal
Mittwoch, 7. November 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 10. November 2012	9:00 Uhr	Mitgliederversammlung aller im Altkreis Bad Doberan (bis 1994) wohnender Genossinnen und Genossen zur Wahl der Vertreter und Ersatzvertreter für die Vertreter-versammlung des Wahlkreises 13	Reinshagen	Gaststätte
Dienstag, 13. November 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Gaststätte
Donnerstag, 15. November 2012	15:00 Uhr	„Zusammenwirken der Geheimdienste der DDR und der UdSSR“ Oberst a.D. Bernd Fischer (<i>RotFuchs</i>)	Rostock	Mehrgenerationenhaus Evershagen
Montag, 19. November 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 20. November 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 21. November 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Samstag, 24. November 2012	9:00 Uhr	Mitgliederversammlung aller im Altkreis Güstrow (bis 2011) wohnender Genossinnen und Genossen zur Wahl der Vertreter und Ersatzvertreter für die Vertreterversammlung des Wahlkreises 17	Güstrow	Bürgerhaus
Samstag, 24. November 2012		Kreisparteitag zur Wahl der Vertreter_innen für die Delegiertenwahlkreisversammlung 13, 14, 17		
Montag, 26. November 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Montag, 3. Dezember 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 4. Dezember 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 5. Dezember 2012	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, Sitzungssaal
Mittwoch, 5. Dezember 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 10. Dezember 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion (b.B.)	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 11. Dezember 2012	17:00 Uhr	Weihnachtsfeier Kreisvorstand und Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 11. Dezember 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Gaststätte
Dienstag, 18. Dezember 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 19. Dezember 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17

Fritz Tack bei Gartenfreunde e.V.

Prof. Dr. Fritz Tack informierte sich jüngst beim Kreisvorstand der Gartenfreunde in Güstrow über die demographische Entwicklung, sich verändernde Mitgliederstrukturen und die absehbaren Folgen für die Handlungsmöglichkeiten der Vereine. Insbesondere Kleingartenanlagen ohne besondere Lagegunst, d.h. ohne Zugang zu größeren Gewässern, außerhalb von Tourismusschwerpunkten und außerhalb von starken Siedlungszentren, müssen immer häufiger mit Leerständen fertig werden. Wie der Geschäftsführer des Kreisverbandes, Volker Knop, deutlich machte, muss bei sinkender Nachfrage nach Gartenland in letzter Konsequenz auch darüber nachgedacht werden, ob und welche Flächen an die privaten bzw. öffentlichen Eigentümer zurückgegeben werden. Da diese Flächen i.d.R. vollständig beräumt werden müssen, darf davon ausgegangen

werden, dass die verbliebenen Gartenfreunde mit den damit verbundenen Belastungen überfordert sein werden. Der Sprecher der Linksfraktion für ländliche Räume, Prof. Tack, sicherte zu, das Thema mit in den Landtag zu nehmen, nach Möglichkeiten für eine finanzielle Unterstützung zu suchen und dies auf dem parlamentarischen Weg zu begleiten.

Sprechstunde

Termine Regine Lück

Freitag, 9.11. von 11.30Uhr bis 13.30Uhr im Wahlkreisbüro in der Stephanstraße 17

Montag, 26.11. von 14.00Uhr bis 16.00Uhr im SBZ Dierkow, Lorenzstraße 66

Montag, 3.12. von 14.00Uhr bis 16.00Uhr im SBZ Toitenwinkel, Zum Lebensbaum 16



Bundestagswahl 2013

Wir wollen im kommenden Jahr mit einer schlagkräftigen Fraktion im Bundestag vertreten sein. Unsere Kandidaten aus MV werden wir im April wählen. Zur Hilfe bei der Entscheidung wen wir dorthin wählen, geben wir allen, die sich als Kandidaten für die Landesliste bewerben möchten die Möglichkeit sich in unserer Zeitung zu äußern. Die Vorstellung soll in den Ausgaben zu Beginn 2013 erfolgen. Wer sich also schon für eine Kandidatur entschieden hat, sollte uns das umgehend wissen lassen. Wir werden für alle Kandidaten einen Fragespiegel erarbeiten, um so unseren Lesern bei ihrer persönlichen Wahl behilflich zu sein.

Die Redaktion



1. Parlamentariertag in Mecklenburg-Vorpommern



Am 13.10. fand in Demen, Landkreis Ludwigslust-Parchim, der 1. Parlamentariertag MV statt, den die Linksfraktion im Landtag und das kommunalpolitische forum e.V. gemeinsam veranstaltet haben. Rund 140 linke Parlamentarierinnen und Parlamentarier der kommunalen, Landes- und Bundesebene waren zusammengekommen, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen, um Kontakte zu knüpfen, miteinander zu reden und zu planen. Als Gastredner sprach Gregor Gysi zu den Anwesenden.

Während die Landesregierung die Beschäftigten in den Kreisen beschimpft und sie ansonsten mit den Problemen und Sorgen allein lässt, wollen wir die kommunalen Belange auf allen politischen Ebenen stärker in den Fokus rücken. Nahezu alle öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden in den

Kommunen geschultert, dafür brauchen sie die notwendigen Handlungs- und Gestaltungsspielräume. Die Landesregierung muss endlich mit den Kommunen die Schwerpunkte für den lang angekündigten Zukunftsvertrag definieren. Nach einem verlorenen Jahr droht dieser Vertrag bereits Rost anzusetzen. Dazu gehört insbesondere die Klärung, wo welche Aufgaben erledigt werden, sowie eine aufgabengerechte Ausstattung der kommunalen Ebene. Die Kommunen müssen in der Lage sein, ihre pflichtigen, aber auch freiwilligen Aufgaben zu erledigen. Darüber hinaus muss eine weitere Schwächung des Ehrenamts verhindert werden, viele Ehrenamtler fühlen sich in den neuen Großkreisen überlastet. Sie brauchen Unterstützung, denn ihr Engagement ist in den Kommunen unerlässlich.

Runde Geburtstage

Runde Geburtstage November 2012

Nico Arndt	BO XII Bad Doberan	20. Geburtstag
Fritz Brinkmann	BO Neubukow	91. Geburtstag
Ursula Dümmel	BO Amt Schwaan	83. Geburtstag
Karl-Heinz Gaede	BO Graal-Müritz	81. Geburtstag
Gerda Jannasch	BO II Bad Doberan	93. Geburtstag
Helmut Podszus	BO Neubukow	81. Geburtstag
Liesbeth Roloff	BO Kühlungsborn	82. Geburtstag
Marlene Rust	BO Neubukow	75. Geburtstag
Christel Schlutow	BO Amt Schwaan	75. Geburtstag
Fred Stein	BO X Bad Doberan	82. Geburtstag
Ilse Winter	BO Neubukow	84. Geburtstag
Herta Woelki	BO XII Bad Doberan	84. Geburtstag
Gerhard Ückert	BO II Bad Doberan	82. Geburtstag

Up un Dal



Gewinner:

Unser Parteivorsitzender Bernd Riexinger zeigte in Griechenland Solidarität mit den Gegnern der rigiden Sparpolitik. Gewonnen hat auch der Genosse Gerd Walther. Er wird Bürgermeister von Ueckermünde.

Verlierer:

Innenminister Hans-Peter Friedrich hat schon lange und zu Recht ein Verlierer-Image. Nun will er DIE LINKE weiterhin durch den Verfassungsschutz beobachten lassen, denn die Partei habe „extremistische Einschüsse“. Die Redaktion des Klartext bekennt sich hiermit zu ihrem Extremismus.

Monatszitat

„Es ist schwierig, von einem Menschen Verständnis für etwas zu verlangen, wenn sein Einkommen davon abhängt, dass er es nicht versteht.“ (Upton Sinclair, amerikanischer Schriftsteller, 1878-1968) DIE LINKE ist die einzige Partei, die bei den Nebeneinkünften von Abgeordneten echte Transparenz fordert.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer fand als „Spätstarter“ seinen Weg in den Landtag?
2. Wer referierte auf der Mitgliederversammlung in Evershagen zum Thema Syrien?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 30.11.2012